

Schulterschluss



MAG. SABINE MATEJKA ist Richterin am BG Leopoldstadt und Vizepräsidentin der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter.

Wenn nicht einmal hochrangige Politiker Gewaltentrennung und Rechtsstaat hoch halten, wie können wir es vom einfachen Bürger erwarten?

NEULICH IM RADIO, auf dem Weg nach Hause: Wolfgang Ambros singt „zwickt's mi, i man i tram, des derf net woa sei, wo san ma daham ...“. Unwillkürlich musste ich an den offenen Brief der Landeshauptleutekonferenz denken, der wenige Tage zuvor für Aufregung gesorgt hatte. Ihre Forderung nach einer Reform der Zuständigkeiten der Verwaltungsgerichte im Sinne eines „zurück zur Verwaltung“ war schlicht erschütternd und hat sicher nicht nur mich für einen Moment fassungslos gemacht. Der Brief war eine weitere Reaktion auf die in manchen Medien und auch von Politikern höchst emotional und unsachlich kritisierte „3. Piste Entscheidung“ des Bundesverwaltungsgerichts. Wenn nicht einmal hochrangige Politiker Gewaltentrennung und Rechtsstaat hoch halten, wie können wir es vom einfachen Bürger erwarten? Schmerzlich vermisst habe ich in diesem Zusammenhang auch eine entsprechende Reaktion des Herrn Bundespräsidenten. Das Ministerkomitee des Europarats fordert zu Recht, dass „die Vertreter der exekutiven und legislativen Staatsgewalten, wenn sie gerichtliche Entscheidungen kommentieren, Kritik vermeiden sollen, die geeignet ist, die Unabhängigkeit der Justiz oder das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justiz zu untergraben.“ In einem offenen Brief an die Landeshauptleute haben wir ihrer Forderung vehement widersprochen und eine Rückkehr zu konstruktiver Diskussion gefordert – nachzulesen auf unserer Homepage (www.richtervereinigung.at/offener-brief/).

Die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit scheint in den Köpfen so mancher Politiker noch nicht angekommen zu sein. Der Verlust von Einfluss – und damit

auch Macht – ist wohl eine schmerzvolle Erfahrung. Umso mehr müssen wir dafür eintreten, dass die Unabhängigkeit der neuen Gerichte und der Respekt gegenüber ihrer Rechtsprechung gewahrt werden. Der Einfluss der Verwaltung muss weiter zurück gedrängt werden, insb im Bereich der Auswahl und Ernennung von Richterinnen und Richtern. Auch die geradezu absurde Situation, dass es für neun Landesverwaltungsgerichte auch neun verschiedenen Dienst- und Gehaltsgesetze gibt, weckt Misstrauen und ist schlicht unsachlich.

Die politische Forderung nach einem „einheitlichen Richterbild“, ist noch weit entfernt von einer Umsetzung. Ich persönlich spreche lieber von einem „neuen Richterbild“, denn unsere Aufgaben und Karrierewege in Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sind zum Teil recht unterschiedlich und Differenzierungen haben dort und da sicher ihre Berechtigung. Was uns einen sollte, ist das vorbehaltlose Bekenntnis zur Unabhängigkeit. Dazu bedarf es entsprechender Strukturen und der Entwicklung von richterlichem Selbst- und Verantwortungsbewusstsein, aber auch einer soliden Grundausbildung. Letztere kann für die ordentliche und die Verwaltungsgerichtsbarkeit durchaus unterschiedlich gestaltet werden. Wichtig ist, dass jede Richterin und jeder Richter zu Beginn der Berufslaufbahn die Möglichkeit hat, das „Grundhandwerk“ zu erlernen und sich der neuen Rolle bewusst zu werden.

Auch die Kritik an Auswahl- und Ernennungsverfahren, zuletzt im GRECO-Bericht, muss ernst genommen werden. Medial diskutiert wurden zuletzt Besetzungen der Verwaltungsgerichte, aber

auch die ordentliche Gerichtsbarkeit wurde von GRECO kritisch betrachtet und sollte sich nicht allzu entspannt zurücklehnen. Die Ernennungsvorschläge durch richterlich besetzte Personalsenate sind ein wichtiges Instrument, unsere Unabhängigkeit zu wahren. Doch wenn wir das Vertrauen des Standes und der Öffentlichkeit nicht aufs Spiel setzen wollen, müssen diese Aufgaben auch sorgfältig erfüllt werden und das Ernennungsverfahren bis hinauf zu Justizminister oder Bundespräsident möglichst transparent gestaltet werden. Entsprechende Verbesserungsvorschläge werden derzeit ausgearbeitet und hoffentlich auch umgesetzt. Anderenfalls bietet auch in diesem System die Ernennung von Richterinnen und Richtern ein Einfallstor für politische Einflussnahme.

Das hat zuletzt wohl auch die polnische Regierung erkannt, die nicht mehr „nur“ die Verfassungsrichter, sondern offenbar auch die Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichte unter ihre Kontrolle bekommen will. Die geplante Reform des in der Verfassung verankerten Justizrats ist ein neuer negativer Meilenstein in der Entwicklung des polnischen Rechtsstaats. In Zukunft soll dieser nicht mehr mit von Richtern gewählten, sondern mit vom Parlament erwählten Vertretern besetzt werden. Die bisherigen, auf vier

Wachsamkeit ist deshalb auch hierzulande gefordert, wenn Richterinnen und Richter durch unsachliche Kritik und zur Durchsetzung politischer Interessen unter Beschuss geraten.

Jahre gewählten Mitglieder des Justizrats sollen kurzerhand ihres Amtes enthoben werden. Kritiker, wie der Menschenrechtskommissar des Europarats, sehen darin einen Verfassungsbruch und in der Reform eine Gefährdung der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Judikative. Eine höchst besorgniserregende Entwicklung, schließlich handelt es sich hier nicht um irgendein weit entferntes Land mit schwach ausgeprägtem Demokratieverständnis, sondern ein EU-Mitglied. Dies zeigt uns, dass niemand vor derartigen Entwicklungen gefeit ist, auch nicht der aufgeklärte und demokratische Westen. Trotz aller Kritik der EU und des Europarats bauen Politiker wie Kaczyński in Polen oder Orbán in Ungarn ihre Macht aus. Die Gerichtsbarkeit und die unabhängige Richterschaft zählen dabei zu ihren ersten Opfern, denn wer die Justiz unter seine Kontrolle bekommt, der hat selbst keine Kontrolle mehr zu fürchten.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage wünschen sich auch immer mehr Österreicher einen „starken Mann“ an der Spitze des Staats (ob auch die Frage nach einer „starken Frau“ gestellt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis). Sind Demokratie und Grundrechte schon so selbstverständlich geworden, dass man ihren Wert nicht mehr erkennt?

Wachsamkeit ist deshalb auch hierzulande gefordert, wenn Richterinnen und Richter durch unsachliche Kritik und zur Durchsetzung politischer Interessen unter Beschuss geraten. Gestern war es ein Verwaltungsgerichtsverfahren, morgen ist es vielleicht ein Strafverfahren gegen Politiker. Wir alle sind von dieser Entwicklung betroffen und müssen uns dagegen rechtzeitig zur Wehr setzen. Richter-Bashing darf nicht Mode werden, denn wer den Respekt der Menschen verliert, verliert auch ihr Vertrauen. Gerichtliche Entscheidungen zu hinterfragen, ist jedermanns Recht, auch wir sind nicht

unfehlbar. Aber die Kritikultur muss wieder gestärkt werden, zurück zu Sachlichkeit und konstruktiver Diskussion.

Der Rechtsstaat im traditionellen Sinn wird ohnedies immer weiter zurück gedrängt. Schlichtungseinrichtungen, Schiedsgerichte und Rechtsschutzbeauftragte übernehmen zunehmend Aufgaben der Justiz. Die dritte Staatsgewalt ist schon lange nicht mehr konkurrenzlos. Sogenannte Legal-Tech-Unternehmen bieten online Beratung und Musterklagen an – ein Trend, der aus den USA bereits seinen Weg nach Europa gefunden hat. Auch die Anwaltschaft spürt diese Entwicklungen schmerzlich. Viele Menschen scheuen hohe Kosten und eine lange Verfahrensdauer, Alternativen werden daher gerne angenommen. Diese Instrumente können für die rechtssuchende Bevölkerung durchaus Vorteile bringen, aber es droht auch ein Verlust von rechtsstaatlichen Garantien. Der Wert unserer Arbeit und die Vorteile einer unabhängigen Gerichtsbarkeit müssen den Menschen wohl wieder näher gebracht werden, wenn wir diese Entwicklung einbremsen wollen.

Wir Richterinnen und Richter repräsentieren die dritte Staatsgewalt, es liegt daher an uns, die Gewaltentrennung zu verteidigen, jede versuchte Einflussnahme aufzuzeigen und zurückzuweisen, und das Vertrauen in eine unabhängige und funktionierende Gerichtsbarkeit zu sichern. Das können wir nur gemeinsam, Richterinnen und Richter aller Sparten und Gerichtsbarkeiten, Seite an Seite, Schulter an Schulter.

SABINE MATEJKA